

Welch ein Segen KiBiz sei

Armin Laschet (CDU) wagte die Kindergartenreform - und machte Anfängerfehler.

Jetzt kämpft er gegen den verbreiteten Glauben, er wolle alle nur schlechter stellen

DISKUSSION UMS KINDERBILDUNGSGESETZ Düsseldorf. Der Mann, dem Familienminister Armin Laschet (CDU) wenige Monate nach Amtsantritt im Sommer 2005 sein Begehrt vortrug, hat ein sensibles Gespür für heikle Themen, die das halbe Land aufbringen können.

Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident von NRW und damit Laschets Chef, ist nicht nur zehn Jahre älter als der frühere Europaabgeordnete und ehemalige Journalist, sondern ist politisch-strategisch deutlich ausgebuffter. Rüttgers war damals skeptisch, ein neues Kindergarten-Gesetz zu schmieden und befürchtete Schlimmes.

"Das darf nicht schief gehen", warnte er Laschet, als dieser mit guten Argumenten stur auf eine Reform der alten Kita-Finanzierung (GTK) beharrte. Die frühere rot-grüne Landesregierung hatte ebenfalls die Notwendigkeit einer Reform gesehen, sich aber nicht mehr ans Werk getraut.

Doch dann ging bei Laschet eine ganze Menge schief - trotz des werbefreundlich-niedlichen Namens "KiBiz" (Kinderbildungsgesetz) für seinen Entwurf: Da wird das Land bald jährlich eine Viertel Milliarde Euro mehr für die 9000 Kindergärten ausgeben, da soll erstmals systematisch die Sprechfähigkeit der Kinder gefördert werden, da verhandelte im Vorfeld des Gesetzes Laschet mit den wichtigsten Kindergarten-Betreibern und Stadtvertretern über ihre Wünsche - und doch tobt eine Protestwelle ungeahnten Ausmaßes durchs Land.

Eltern, Erzieherinnen, Kirchen, Städte, Wohlfahrtsverbände - mittlerweile glauben fast alle, durch KiBiz stünden sie schlechter da: Eltern zahlen bald noch höhere Kita-Beiträge, Erzieherinnen erhielten nur noch Teilzeit-Verträge, weil die Eltern künftig flexibel Jahr für Jahr andere Stundenzeiten in Anspruch nähmen, und die Kindergarten-Betreiber sehen riesige Kostenlasten auf sich zukommen: Zwar etwas mehr Geld vom Land als früher, aber auch deutlich mehr Aufgaben.

Zusammen mit seiner Staatssekretärin Marion Gierden-Jülich kämpft Laschet derzeit mehr oder weniger entnervt mit vielen Argumenten für das KiBiz - auf Podiumsdiskussionen, mit Reden, per Interviews. Sein Credo: Viele seien in die Irre geführt, sie wüssten gar nicht, Welch ein Segen KiBiz sei. Kürzlich rechnet er gar einem protestierenden Kindergarten in einem sozialen Brennpunkt vor, wieviel mehr Geld dieser künftig erhält - über 70 000 Euro im Jahr mehr. Die seien darüber bass erstaunt gewesen, meint Laschet und will nun bei noch mehr Kindergärten seine Mathe-Kenntnisse einsetzen.

Doch so sehr CDU- wie FDP-Abgeordnete das Verkaufstalent von Laschet schätzen und ihn für seine Kämpferqualitäten loben, so stark kritisieren sie sein Polit-Management. Laschet ernte jetzt die Probleme, die er durch falsches Verhalten bei der Entstehung des Gesetzentwurfes gesät habe, heißt es in den Fraktionen. So habe er sich während der monatelangen KiBiz-Verhandlungen lieber bundesweit als Top-Integrationspolitiker feiern lassen, statt sich in die Details der Kita-Finanzierung einzuarbeiten.

Aus diesem Grund habe er die Nachteile seiner Kindergarten-Gesetze völlig unterschätzt - etwa die Sprengwirkung steigender Elternbeiträge ausgerechnet in armen Städten. FDP-Familienpolitiker Christian Lindner warf ihm gar naive Anfängerfehler bei der Verhandlungsführung mit Verbänden und Städten vor: Den Kirchen versprach er, ihren Trägeranteil von 20 auf 12 Prozent zu senken - ohne irgendeine Gegenleistung, etwa den Erhalt ihrer Kindergärten, festzuschreiben.

Und von Konsens mit den Verhandlungspartnern habe Laschet zwar viel geredet, unterschriebene belastbare Papiere habe er aber nicht vorgelegt. So zerbrach der angebliche Konsens - und alle bliesen zum Proteststurm auf den Landtag. CDU-Abgeordnete werfen Laschet sogar vor, eine "Bunkermentalität" entwickelt zu haben, weil er war-nende Stimmen stets überhört habe - und jetzt von der Wirklichkeit überrollt wird.

17.09.2007 Von Peter Szymaniak